

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den gew. Tag, Sonntagspreis: Bei Abholung in der Geschäftszeit und den Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 24 Mk., jährlich 24 Mk., 18 Pf., alle Postgebühren eingeschlossen. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** 18 Pf., alle Postgebühren eingeschlossen. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

Angelagerter Preis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Raumzeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgehalt 20 Goldpfennig. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

Nr. 212. — 85. Jahrgang. — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 10. September 1926

Die Ankunft der Deutschen in Genf, Glückwünsche an Deutschland.

Die deutsche Delegation, die am Mittwochabend die Reise nach Genf angetreten hat, ist am Donnerstag nachmittag in der Völkerbundstadt eingetroffen. Zum Empfang der Delegierten hatten sich der Vertreter des deutschen Gesandten in Bern, Dr. Hoffmann, und der Genfer Generalkonsul Aschmann am Bahnhof eingefunden. Der Einzug der deutschen Delegierten in den Versammlungs-saal ist für Freitag, vormittag 10 1/2 Uhr festgesetzt worden. Der Präsident der Völkerbundversammlung, Nirschitsch, wird bei dieser Gelegenheit eine Begrüßungsansprache an die neuangekommene deutsche Delegation halten, nachdem er sie vorher zum Eintritt in den Versammlungs-saal aufgefordert hat. Dr. Stresemann wird darauf antworten. Wahrscheinlich wird auch noch eine dritte Rede gehalten werden, doch steht noch nicht fest, welche Persönlichkeit sich dieser Begrüßungspflicht unterziehen wird.

In der Völkerbundversammlung, die sich mit dem Tätigkeitsbericht des Völkerbundes und des Generalsekretariats für das abgelaufene Jahr beschäftigt, sind von einzelnen Rednern herzliche Begrüßungsworte an das neu in den Völkerbund ausgenommene Deutschland gerichtet worden. Auch der preussische Ministerpräsident Brauns hat aus Anlaß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund an den Reichskanzler Dr. Marx namens der preussischen Staatsregierung ein Telegramm gerichtet mit dem Wunsch, daß der historisch bedeutsame Tag nicht nur eine Etappe auf dem Wege darstelle möge, der Deutschland politisch in friedlicher Aufbaubarbeit weiterführe, sondern auch die Befriedung Europas entscheidend fördere.

Das Echo der Presse.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat, wie nicht anders zu erwarten war, in allen Ländern ein starkes Echo gefunden. Von der politischen Presse der Reichshauptstadt seien folgende kritische Würdigungen wiedergegeben:

Berliner Tageblatt (Dem.): Mit Genugtuung kann Deutschland feststellen, daß von Anfang der Verhandlungen an die Notwendigkeit von Deutschlands Eintritt und die Erkenntnis von der großen Bedeutung dieses Schrittes für den ganzen Völkerbund von allen Staaten anerkannt worden ist, daß der Völkerbund jetzt auftritt, ein Bündnis der Sieger zu sein, und daß Deutschland als gleichberechtigte Macht den Genfer Boden betritt.

Kreuz-Zeitung: Nunmehr, da entgegen unseren Warnungen, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist, internationale Bindungen eingegangen sind, wird man sich mit dieser Tatsache, an der es nichts mehr zu ändern gibt, abzufinden haben.

Deutsche Zeitung: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedeutet nicht nur den Verzicht auf eine aktive Außenpolitik, er bedeutet auch einen Verzicht auf machtpolitische Ansehen — in der diplomatischen Sprache „Prellage“ genannt. Mit seinem Eintritt in den Völkerbund und als ständiges Mitglied im Völkerbund hat Deutschland mitgeholfen, den Einfluß Frankreichs und den der anderen Feinde Deutschlands im Völkerbund auf mindestens sechs Jahre zu fällen.

Von besonderer Wichtigkeit dürften in dieser Frage die Ausführungen der Täglichen Rundschau sein, der in außenpolitischen Angelegenheiten besondere Beziehungen zum Reichsaussenminister Dr. Stresemann nachgerühmt werden und die sicherlich bei dieser Gelegenheit den Gedankengängen des Reichsaussenministeriums nicht fernsteht. Das Blatt schreibt u. a.:

Die einstimmige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beendet einen Kampf, dessen Zweipoligkeit und Parteiverzerrungen schwer auf der europäischen Öffentlichkeit und insbesondere auf der deutschen Politik lasteten. Deutschland zieht mit allen Ehren, willkommen gehalten von allen Nationen, in den Völkerbund ein und nimmt als Großmacht, allein, ohne Italien oder Spanien, den ständigen Ratssitz ein, der ihm zugesprochen auf neun Geschicht mit Zustimmung der nichtständigen Ratsmitglieder und bedeutet weder eine Wiedereingliederung Deutschlands und bedeutet weder eine Wiedereingliederung noch eine Veränderung der ihm angebotenen und jetzt von allen Nationen gutgeheißenen Stellung im Rate. Deswegen hat die deutsche Regierung schon durch ihre Delegierten im Rat in der Studienkommission der Erhöhung der nichtständigen Sitze zugestimmt und die großen Parteien haben im Auswärtigen Ausschusse einmütig ihre Bindung zu dieser Zustimmung festgelegt. Über die Befreiung der drei neuen nichtständigen Sitze wird Deutschland mitzureden haben, wenn erst die von der Studienkommission vorgezeichneten Vorbereitungen erledigt sind und die Wahl stattfindet. Die Aufnahme Deutschlands ist und die Wahl stattfindet. Die Aufnahme Deutschlands ist und die Wahl stattfindet. Die Aufnahme Deutschlands ist und die Wahl stattfindet.

Auch die Auslandspresse beschäftigt sich eingehend mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. In der Pariser Presse kommt fast durchweg die Auffassung zum Ausdruck, daß die Aufnahme Deutschlands

Geplante Reichsanleihe im Ausland.

Anleihe nur auf „Reichsmark“

Erklärungen Dr. Reinholds. Zu den Gerüchten über eine bevorstehende große Reichsanleihe im Ausland gab Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Erklärung ab, daß der Stand der Reichsfinanzen, so ernst er sonst auch sei, ihn doch in die Lage versetze, den Zeitpunkt selbst zu wählen, an dem die Anleihe aufgelegt werden soll. „Wir sind aus der Zeit heraus“, so sagte der Minister, „wo eine deutsche Anleihe auf Goldmarkt, Feingold oder gar eine ausländische Valuta gestellt werden mußte. Die deutsche Reichsmark muß endlich die einzige Grundlage werden, auf der alle deutschen Finanzgeschäfte im In- und Auslande basieren. Wenn also einmal eine deutsche Anleihe aufgelegt werden wird, so wird sie nur auf Reichsmark ausgeschrieben werden. Und das wird geschehen, sobald Finanz- und währungs-politisch der Zeitpunkt gekommen ist. Und es sei hinzugefügt, daß nicht die Rede davon sein kann, die nächste deutsche Anleihe etwa zu einem Zinsfuß anzulegen, wie wir ihn etwa bei der Dawes-Anleihe noch zugesichert mußten.“

Bereinfachung der Verwaltung.

Auf der Dresdener Industrietaugung hatte der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold größte Sparsamkeit auf allen Gebieten, besonders auch in der Staatsverwaltung, als eines der Hauptmittel empfohlen, um aus der Wirtschaftsknotlage herauszukommen. Er hatte gleichzeitig auch angekündigt, daß in seinem Ressort der Anfang gemacht werden sollte. Zur selben Zeit hatte man auch erfahren, daß am Abend vor dieser Rede das Reichskabinett sich über die Notwendigkeit einer größeren Verwaltungsreform klar geworden war. Jetzt liegt das erste greifbare Ergebnis vor. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichsfinanzministers einen Erlass herausgegeben, der weitgehende Reformen im Finanzministerium anordnet.

Man fängt dabei gleich oben an, indem man den einen Staatssekretär abschafft, so daß in Zukunft die gesamte Hochleitung des Ministeriums nur einem Staatssekretär, anstatt bisher zweien, untersteht. Der übrigbleibende ist augenblicklich Staatssekretär Dr. Popitz, während Staatssekretär Fischer ausscheidet, aber dafür den Vorsitz in der Deutschen Kriegslastenkommission beibehält, ebenso wie er Ausschichtsratsmitglied der Vereinigten Industrieunternehmen-Alliengemeinschaft und im Verwaltungsrate der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bleibt. Im übrigen setzt sich der Umbauungsplan zum Ziel, daß eine Reihe von bisherigen Abteilungen und Unterabteilungen aufgelöst und ihre Geschäfte unter größtmöglicher Vereinfachung der Organisation bei sparsamster Ausnutzung der Arbeitskräfte zusammenge-schlossen werden sollen. So treten an Stelle der bisherigen zehn Abteilungen fünf und die Zahl der Referate soll um ein Drittel vermindert werden.

Wie es heißt, dient die ganze Neugliederung nicht dem Abbau von Personen, sondern von Aufgaben. Soweit dabei allerdings Beamtenkräfte frei werden, soll versucht werden, sie in andere Tätigkeitsgebiete überzuführen. Es soll also vermieden werden, die Zahl der abgebauten Beamten, die teilweise recht hohe Bezüge behalten, zu vermehren. Das ist ein sehr löblicher Vorschlag, da sich er

wiesen hat, daß der seinerzeit vorgenommene Beamtenabbau, der auch aus Sparfamtheitsgründen erfolgte, letzten Endes alles andere als diesen Zweck erfüllte. Unter der Beamtenhaft wird man also nicht zu große Sorge zu haben brauchen, wenngleich es — das läßt ja auch die Begründung des Erlasses durchblicken — nicht ganz ohne Opfer in dieser Beziehung abgehen dürfte.

Die Frage der Verwaltungsreform ist nicht neu. Sie hat schon vor dem Kriege jahrelang die Regierung und die Parlamente beschäftigt. In Preußen hatte man zu diesem Zwecke direkt einen ständigen Ausschuss eingesetzt, der lange Zeit unter dem Vorstehe des damaligen freitonserbativen Führers Freiherrn Ostasio v. Jellib stand. Trotzdem der Ausschuss eine rührige Tätigkeit entfaltet, hätte die Öffentlichkeit nicht allzuviel von ihm. Nur gelegentlich bei Debatten im Preussischen Abgeordnetenhaus wurde über ihn berichtet. Schließlich war man zu einem Ergebnis gekommen und stand vor dem Abschlusse. Da kam der Krieg und warf alles über den Haufen. Die Staatsumwälzung ließ es auch nicht zu, daß man die so jäh unterbrochenen Arbeiten einfach fortsetzte. Die Not der Zeit brachte es aber mit sich, daß der Gedanke einer Reform wieder lebendig wurde. Wenn es damit jetzt etwas schneller zu gehen scheint, als früher, so hat man sich die von dem damaligen Ausschuss gemachten Erfahrungen sicherlich doch zunutze gemacht.

Man hat jetzt bei dem Reichsfinanzministerium angefangen und es ist zu hoffen, daß in schneller Folge auch die übrigen in den Kreis gezogen werden. Das Reichsfinanzministerium ist mit das umfangreichste aller Reichsämter, so daß, wenn man wirklich einen Aufgabenabbau durchzuführen will, dieser hier am ersten der großen Masse sichtbar werden dürfte. Diese würde es besonders begrüßen, wenn man dabei auch den Instanzenweg abkürzen wollte. Dadurch würde den Staatsbürgern eine Annahme von Zeit erspart, die diese dann für die produktive Arbeit verwenden könnten. Gerade gegen einen Eingriff in den Instanzenweg hat man sich bisher aber am meisten gewehrt. Hier müßte deshalb hauptsächlich das Messer der Reformchirurgie angelegt werden. Der durch den Erlass des Reichspräsidenten gemachte Anfang ist zu begrüßen. Der damit angestrebte Zweck wird aber erst ganz erfüllt werden, wenn man sich nicht nur auf die Reichsbehörde beschränkt, sondern die Reform auch auf die Länder und vor allem auf die Gemeinden ausdehnt.

Die Reform im Finanzministerium.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold führte noch vor einer Versammlung von Presseleuten über die beabsichtigten Vereinfachungen der Verwaltung in seinem Ministerium aus:

Während der Inflation und auch später sind das Ministerium und seine Beamten überlastet gewesen; durch Übertragung immer neuer Aufgaben auf das Amt wurde es schließlich anorganisch und unübersichtlich im Aufbau. Jetzt kann man an die Vereinfachung herangehen, um rascher arbeiten zu können. Ohne eine Verwaltungsreform kann die deutsche Finanzpolitik nicht aufrechterhalten werden. Man dürfe in der Lage der Reichsfinanzen durchaus nicht optimistisch sein. Weder das Reich noch die Länder noch die Kommunen können den großen Apparat aufrechterhalten. Das Reichsfinanzministerium hat auf dem Wege der Verwaltungsreform beispielgebend voranzugehen.

in Genf auch eine für Frankreich günstige Lösung darstelle; nur wenige Stimmen lauten abweichend. Auch die Londoner Blätter sind im allgemeinen befreudigt und der „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß nunmehr auch in den Vereinigten Staaten von Amerika der Völkerbund nicht länger als eine Verbindung von Siegern gegen Besiegte dargestellt werden könnte. Die „Westminster Gazette“ hofft, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich nunmehr auch die französisch-deutschen Beziehungen durch baldige Erleichterung der Rheinlandsbefreiung weiter verbessern werden.

Der Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Graf Westarp gegen Dr. Silberberg.

Nach der Rede des Grafen Westarp über die politische Lage wurde in der Aussprache festgestellt, daß die Vorgänge dieser Tage in Genf alle jene Besorgnisse der nationalen Opposition zum Schaden Deutschlands ver-wirklichen, die bereits Hauptpunkt der Locarno-Debatte gewesen waren. Das falsche Spiel, das die Bertrag-partner schon in Locarno getrieben haben, hat sich jetzt in Genf fortgesetzt. Auf dem Parteitage soll deshalb die richtige Auffassung von der Gleichberechtigung Deutschlands als Großmacht kräftig zum Ausdruck gebracht werden. Für die Arbeitsgemeinschaft aller staatsverhaltenden Kräfte im Sinne des Vorschlags Gant-Jarres wurde, wie der partei-offizielle Bericht meldet, die schon öfter betätigte Bereitschaft bekräftigt. Die Parteivertretung behandelte in ausgedehnter überaus zahlreich besuchter Versammlung die gleichen

in Genf auch eine für Frankreich günstige Lösung darstelle; nur wenige Stimmen lauten abweichend. Auch die Londoner Blätter sind im allgemeinen befreudigt und der „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß nunmehr auch in den Vereinigten Staaten von Amerika der Völkerbund nicht länger als eine Verbindung von Siegern gegen Besiegte dargestellt werden könnte. Die „Westminster Gazette“ hofft, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich nunmehr auch die französisch-deutschen Beziehungen durch baldige Erleichterung der Rheinlandsbefreiung weiter verbessern werden.

Der Eintritt der deutschen Delegation.

Eigener Fernsprecheinstellungs des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, Punkt 10,30 Uhr wurde die heutige Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses teilte mit, daß die Vollmachten der deutschen Delegation in Ord-